



Grüß Gott liebe Freunde,

der Bundestag beriet letzte Woche erstmals den Bundeshaushalt 2019. Darin sind Ausgaben in Höhe von insgesamt 356,8 Milliarden Euro vorgesehen. Damit macht der Bund im 5. Jahr in Folge keine neuen Schulden, ist also nicht auf Kosten zukünftiger Generationen gebaut. Gleichzeitig werden die Investitionen hochgefahren. Der Haushaltsentwurf fußt auf der positiven Bilanz von über 13 Jahren christlich-sozialer Politik.



© Florian Obner MdB

In der ersten Generaldebatte sprachen wir uns zudem für eine deutliche Entlastung der Bürger aus. Dies war auch Thema bei der Verleihung des Deutschen Mittelstandspreises der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) in Berlin. In diesem Jahr wurden Bundesministerin Julia Klöckner, das Handelsblatt sowie die Unternehmerin Emitis Pohl mit dem Deutschen Mittelstandspreis ausgezeichnet. Damit würdigte die Vereinigung mit Dr. Carsten Linnemann an der Spitze deren herausragendes Engagement für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft.



© Florian Obner MdB

Beim Besuch von Schülern der Johann-Turmair-Realschule Abensberg habe ich mit den Jugendlichen über die aktuellen Herausforderungen für unsere Demokratie durch Extremisten gesprochen. Es ist wichtig, unsere junge Generation für die Gefahren von links und rechts zu sensibilisieren.



© Florian Obner MdB



Nach der Sitzungswoche in Berlin ging es am Samstag nahtlos zum Parteitag nach München. Unsere Region Landshut-Kelheim war sehr gut vertreten – mit einer fulminanten Rede unseres Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder zur Zukunft Bayerns wurden wir auch richtig motiviert für den Wahlkampfendspurt.

Viel Freude beim Lesen wünscht

Ihr Florian Ossner MdB

Bundeshaushalt 2019

## Haushaltspolitischen Erfolgskurs halten



© picture alliance / dpa

Der Bundestag beriet diese Woche erstmals den Bundeshaushalt 2019. Darin sind Ausgaben in Höhe von insgesamt 356,8 Milliarden Euro vorgesehen. Die Schwarze Null steht und der Bund macht keine neuen Schulden. Gleichzeitig



werden die Investitionen hochgefahren. Der Haushaltsentwurf fußt auf der positiven Bilanz von über 13 Jahren christlich-sozialer Politik.

### **Die Schwarze Null steht!**

Deutschland ist stark. Die Wirtschaft des Landes boomt, alle Wachstumsprognosen sind positiv und die Beschäftigungsquote ist auf dem höchsten Stand seit 25 Jahren. Das ist Ergebnis von über 13 Jahren Unionsregierung und christlich-sozialer Politik in unserem Land. Diese positive Regierungsbilanz spiegelt sich auch im Haushaltsentwurf für 2019 wieder. Der Haushalt sieht vor, dass der Bund erneut keine neuen Schulden aufnimmt. Die Schwarze Null steht! Gleichzeitig investiert der Bund auf Rekordniveau. Zudem wird erstmals seit 2002 die Schuldenstandgrenze des Maastrichter Vertrags von 60 Prozent des Bruttoinlandprodukts unterschritten. Ein echter Meilenstein. Doch der Haushaltsentwurf sieht auch Mehrausgaben in Höhe von 13 Milliarden Euro vor. Diese Ausgabenzuwächse entfallen vor allem auf das von der CSU im Bundestag geforderte Baukindergeld, den sozialen Wohnungsbau, steuerliche Entlastungen für Familien sowie die Erhöhung des Verteidigungsetats.

### **Das größte Investitionsministerium des Bundes**

Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) soll den Haushaltsplanungen zufolge einen Etat von rund 29 Milliarden Euro bekommen. Mehr als die Hälfte des Geldes ist hierbei für Investitionen eingeplant. Damit verwaltet das CSU-geführte Ministerium (BMVI) den größten Investitionshaushalt des Bundes. In seiner Rede zum Etat seines Ministeriums bekannte Scheuer daher selbstbewusst: „Dieses Haus ist das größte Investitionsministerium des Bundes.“ Verkehrsminister Scheuer betonte zudem, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln gelte es Verbesserungen in allen Bereichen der Verkehrsinfrastruktur zu erzielen. Wichtig sei es, die Verkehrsträger besser zu vernetzen, fuhr der Minister fort. Sein Ziel sei es, sowohl die Straße als auch die Schiene und den Schiffsverkehr „verkehrsübergreifend und mit einem ganzheitlichen Blick“ zu stärken. Es gelte zudem die Schnittstellenproblematik im vernetzten Verkehr anzugehen. Langfristig soll auch der Schienenverkehr gestärkt werden: „Wir wollen Lust und Leidenschaft für das Bahnfahren entwickeln.“ Die für diesen Bereich geplanten 5,6 Milliarden Euro seien eine gute Botschaft, befand er. Scheuer kündigte zugleich an, die Chancen der Digitalisierung nutzen zu wollen und stellt somit die Weichen für die Zukunft. „Wir wollen mobil und digital verbinden“, sagte der Verkehrsminister.

### **Mehr Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit**

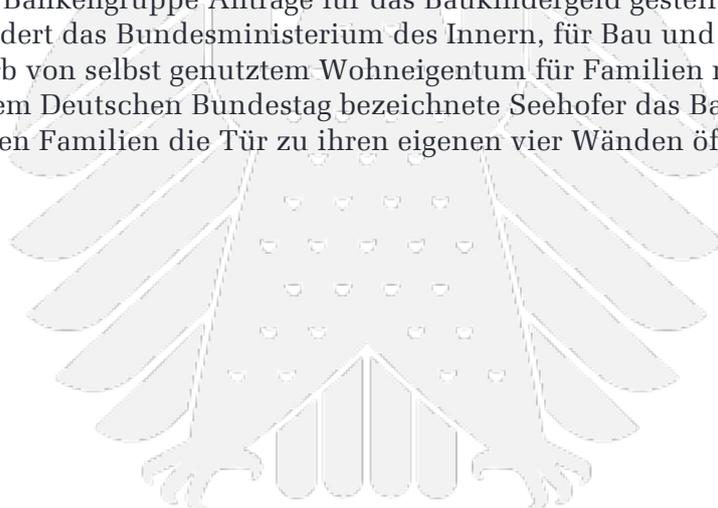
Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) soll im kommenden Jahr laut Regierungsentwurf 9,75 Milliarden Euro erhalten. Dies sind 285 Millionen Euro mehr als noch 2018. Mit geplanten Investitionen in Höhe von 6,67 Milliarden Euro ist der Einzelplan des Bundesministeriums der zweitgrößte Investitionshaushalt des Bundes. Allerdings forderte Minister Gerd Müller (CSU) langfristig mehr Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit, um unter anderem



Fluchtursachen wirkungsvoll bekämpfen zu können. Müller setzt auch neue Akzente. „Wir machen Eigenleistung zur Voraussetzung für Fortschritt: Bekämpfung der Korruption, Einhaltung der Menschenrechte, Wahrung der Rechte der Frauen“, so Müller in seiner Rede am Mittwoch im Bundestag. Ressortchef Müller kündigte zudem an, Ende Oktober Grundzüge eines Pakets zur Wirtschaftsförderung sowie ein neues Konzept zu Entwicklung und Klima vorlegen zu wollen. Deutschland werde die Entwicklungszusammenarbeit künftig zudem auf weniger Länder konzentrieren, da es nicht in 85 Ländern der Welt „nach dem Gießkannenprinzip das Geld ausgeben“ könne. Durch eine Konzentration von Finanzmitteln soll die Effizienz der Entwicklungszusammenarbeit gesteigert werden.

### **Familien die Tür zu ihren eigenen vier Wänden öffnet**

Auch das Bundesministerium des Inn für Bau und Heimat (BMI) verzeichnet einen kräftigen Mittelzuwachs. Nach dem Etatentwurf der Bundesregierung soll sein Haushalt im kommenden Jahr ein Ausgabenvolumen in Höhe von 15,06 Milliarden Euro haben und damit fast 930 Millionen Euro mehr als im laufenden Jahr. Bundesminister Horst Seehofer (CSU) sprach mit Blick auf den geplanten Etat von einem „gewaltigen Haushalt“. Der Bereich „Wohnungswesen und Städtebau“ umfasst Ausgaben von 4,15 Milliarden Euro, von denen 3,41 Milliarden investiert werden sollen. Seehofer versprach: „Wir werden die Städtebauförderung auf hohem Niveau fortführen.“ Der Minister versprach auch kräftig in die Schaffung von Wohnraum zu investieren. Allein für das Baukindergeld sind 570 Millionen Euro vorgesehen. Ab dem 18. September 2018 können dann bei der KfW Bankengruppe Anträge für das Baukindergeld gestellt werden. Mit dem Baukindergeld fördert das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat den erstmaligen Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum für Familien mit Kindern. In seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag bezeichnete Seehofer das Baukindergeld als „Programm, das den Familien die Tür zu ihren eigenen vier Wänden öffnet“.





Generaldebatte

## Solide Haushaltspolitik mit Investitionen in die Zukunft



© picture alliance / Kay Nietfeld / dpa

In der Generaldebatte am Mittwoch wurden die haushaltspolitischen Leitplanken der nächsten Jahre festgelegt. Alexander Dobrindt sprach sich für eine deutliche Entlastung der Bürger aus.

### **Deutschland ist ein starkes Land**

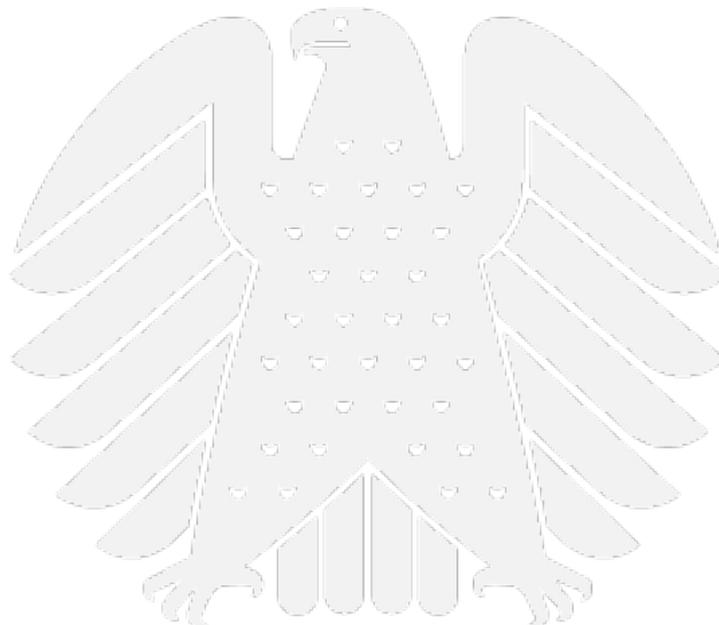
Zu Beginn seiner Rede stellte der Vorsitzender der CSU im Bundestag, Alexander Dobrindt, fest, dass Deutschland gut regiert werde und bilanzierte: „Deutschland ist ein starkes Land.“ Gerade auch die CSU im Bundestag habe mit ihrer Arbeit zu dieser Stärke beigetragen. Die gute wirtschaftliche Lage verpflichte aber dazu, dafür zu sorgen, dass die wirtschaftlichen Erfolge allen Menschen in Deutschland zugutekämen, so Dobrindt. Daher sei es die Aufgabe christsozialer Politik Familien zu unterstützen, für gute Renten zu sorgen, ein Alter in zu Würde ermöglichen und Investitionen zu gewährleisten. Auch sei es die Aufgabe der Politik, die Bürger am Wohlstand teilhaben zu lassen. „Dieser Haushaltsentwurf wird dem in weiten Teilen auch gerecht“, so Dobrindt. In der aktuellen Haushaltsdebatte dürfe aber die Mitte der Gesellschaft nicht vernachlässigt oder gar vergessen werden. In seiner Rede erinnerte der Vorsitzende der CSU im Bundestag an die Millionen Menschen, die jeden Morgen aufstehen und zur Arbeit gehen, die jungen Menschen, die Familien gründen und Kinder großziehen und die Unternehmer, die



Arbeitsplätze schaffen. Diese Menschen sollten in den politischen Debatten nicht zur vergessenen Mitte werden, sondern müssten im Zentrum der Politik stehen, mahnte Dobrindt. Die Entlastung dieser Bürger und die Teilhabe am Wohlstand stehen daher im Zentrum der Politik der CSU im Bundestag. Die CSU im Bundestag will die Bürger dieses Landes nachhaltig entlasten.

### **Die Bürger entlasten**

In Zeiten solider Finanzen und Rekordsteuereinnahmen muss die Möglichkeit genutzt werden, den Bürgern, die diesen Wohlstand erwirtschaftet haben, etwas zurückzugeben. In seiner Rede wurde Dobrindt daher deutlich: „Wer bei den Überschüssen, die wir zu verzeichnen haben, meint, er könnte den Bürgerinnen und Bürgern Entlastungen verweigern, der handelt nicht solide, sondern der handelt leistungsfeindlich.“ Folglich bekräftigte Dobrindt seine Forderung nach einer kompletten Abschaffung des Solidaritätszuschlags. „Der Soli gehört nicht in die Gehaltsabrechnung, er gehört ins Geschichtsbuch dieses Landes“, sagte Dobrindt. Dobrindt nahm sich daher in seiner Rede auch den Koalitionspartner zur Brust: „Solide Finanzen bedeuten nicht, Rekorderlöse zu horten“. Mit seiner Rede zeigte Dobrindt deutlich, dass der CSU im Bundestag die Entlastung der Bürger wirklich am Herzen liegt. „Mehr Netto vom Brutto“ müsse die Losung für die Bürger dieses Landes sein, forderte Dobrindt zum Abschluss seiner Rede.





Verfassungsschutzchef

**Seehofer stützt**

**Verfassungsschutzpräsident Maaßen**



© picture alliance / Michael Kappeler / dpa

Die Diskussionen um den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Hans-Georg Maaßen, waren auch Gegenstand der ersten Generaldebatte im Bundestag nach der Sommerpause. Der Bundesinnenminister sprach Maaßen sein Vertrauen aus.

### **Chemnitz als Auslöser**

Der Präsident des Bundesverfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen, hatte in einem Interview mit der Bild-Zeitung am 7. September 2018 Skepsis an Medienberichten über angebliche rechtsextremistische Hetzjagden zum Ausdruck gebracht. Maaßen hatte gesagt, dem Verfassungsschutz lägen „keine belastbaren Informationen darüber vor, dass solche Hetzjagden stattgefunden haben“. In Chemnitz war am 26. August ein 35-jähriger Mann erstochen worden. Tatverdächtig sind drei Asylbewerber aus Syrien und dem Irak. Zwei sitzen bereits in Untersuchungshaft. In der Folge des Mordes kam es in Chemnitz zu Protesten und auch fremdenfeindlichen Übergriffen. Diese wurden in der öffentlichen Debatte als Hetzjagden auf Ausländer bezeichnet. Als Quelle dafür wurde ein 20 Sekunden langes Video angeführt, das unter dem Namen *Antifa Zeckenbiss* veröffentlicht worden war.



### **Maaßen hat überzeugend Position bezogen**

Empörung über Empörte ist größer als Empörung über Tat, die am Anfang steht  
Die eigentlich Tat, der Mord an einem jungen Mann, geriet in Chemnitz schnell in den Hintergrund. Das formulierte auch Alexander Dobrindt, Chef der CSU im Bundestag, mehrfach in den vergangenen Tagen, so auch in der Generaldebatte: Man habe manchmal das Gefühl, „dass die Empörung über die Empörten stärker formuliert wird als die Empörung über eine schreckliche Bluttat, die stattgefunden hat“. Es müsse einerseits der Mord mit aller Härte des Rechts verfolgt und bestraft werden. Gleichzeitig müsse es aber auch möglich sein, seine Empörung über Taten wie die in Chemnitz zum Ausdruck zu bringen. Dabei sei es selbstverständlich, dass man sich an die Regeln unseres Rechtsstaates halte, so Dobrindt weiter. Bundesinnenminister Horst Seehofer betonte in der Generaldebatte am 13. September 2018, dass Maaßen sein Vertrauen genieße: „Wir haben gestern im Innenausschuss und vorher in anderer Besetzung im Parlamentarischen Kontrollgremium den Bericht und die Ausführungen des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz gehört. Er hat umfassend und aus meiner Sicht überzeugend seine Handlungsweise dargelegt. Er hat manche Verschwörungstheorien überzeugend entkräften können. Ich möchte auch sagen: Er hat überzeugend Position bezogen gegen den Rechtsradikalismus, immer und immer wieder.“ Zudem habe Maaßen Bedauern über die Wirkung seines Interviews zum Ausdruck gebracht. Ähnlich äußerte sich die Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses, Andrea Lindholz. Für die Rücktrittsforderungen der SPD habe sie kein Verständnis. Präsident Maaßen habe mit seinen öffentlichen Äußerungen nichts verharmlosen wollen, sondern in einer aufgeheizten Lage durch eine Klarstellung deeskalieren. Das habe er ausführlich im Innenausschuss dargelegt.



#### **Impressum**

Herausgeber: Florian Ossner MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 / 227 71 999

E-Mail: [florian.ossner@bundestag.de](mailto:florian.ossner@bundestag.de)

Fax: 030 / 227 76 999